

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

<b>34. Jahrgang</b>	Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Dezember 1980	<b>Nummer 77</b>
---------------------	---	------------------

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
<b>2005</b>	1. 12. 1980	Sechszwanzigste Bekanntmachung der Veränderung der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden . . . . .	1080
<b>20329</b>	5. 12. 1980	Dritte Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung - BVO - . . . . .	1081
<b>215</b>	12. 12. 1980	Bekanntmachung zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen . . . . .	1083
<b>221</b> 223	26. 11. 1980	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Führung akademischer Grade . . . . .	1082
	24. 11. 1980	Bekanntmachung in Enteignungssachen . . . . .	1082
<b>33</b>	28. 11. 1980	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach der Bundesnotarordnung . . . . .	1083
	1. 12. 1980	Verordnung zur Aufhebung von Verordnungen über Ausgabestellen für Versicherungskarten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten . . . . .	1083

2005

**Sechszwanzigste Bekanntmachung  
der Veränderung der Bezirke der Landesmittelbehörden  
und der unteren Landesbehörden  
Vom 1. Dezember 1980**

Zu der Bekanntmachung der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden vom 8. Januar 1963 (GV. NW. S. 10), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 24. April 1980 (GV. NW. S. 490), gebe ich gemäß § 10 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1978 (GV. NW. S. 640), nachfolgende Veränderungen der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden bekannt:

In Abschnitt II

„Bezeichnung, Sitz und Bezirk der unteren Landesbehörden“

erhält die Nummer 5.101 folgende Fassung:

5.101	Finanzamt Dinslaken	Vom Kreis Wesel die Stadt Dinslaken und die Gemeinden Hünxe und Voerde
-------	---------------------	--

Die bisherige Nummer 5.107 wird die Nummer 5.129 und erhält folgende Fassung:

5.129	Finanzamt Velbert	Vom Kreis Mettmann die Städte Heiligenhaus, Mettmann, Velbert und Wülfrath
-------	-------------------	--

Die bisherigen Nummern 5.108 bis 5.129 werden die Nummern 5.107 bis 5.128.

Die Nummer 5.130 erhält folgende Fassung:

5.130	Finanzamt Wesel	Vom Kreis Wesel die Stadt Wesel und die Gemeinden Hamminkeln und Schermbeck
-------	-----------------	---

Die Nummern 5.133 bis 5.137 erhalten folgende Fassungen:

5.133	Finanzbauamt Düsseldorf	Kreisfreie Stadt Düsseldorf
5.134	Finanzbauamt Krefeld	Kreisfreie Städte Duisburg und Krefeld; Kreis Viersen
5.135	Finanzbauamt Mönchengladbach	Kreisfreie Stadt Mönchengladbach; Kreis Neuss
5.136	Finanzbauamt Mülheim (Ruhr)	Kreisfreie Städte Essen, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Remscheid, Solingen und Wuppertal; Kreis Mettmann
5.137	Finanzbauamt Wesel	Kreise Kleve und Wesel

Die Nummer 5.220 erhält folgende Fassung:

5.220	Finanzbauamt Düren	Kreise Düren und Euskirchen
-------	--------------------	-----------------------------

Die Nummer 5.224 erhält folgende Fassung:

5.224	Finanzbauamt Aachen	Kreisfreie Stadt Aachen; Kreis Aachen
-------	---------------------	---------------------------------------

Die Nummern 5.226 bis 5.229 erhalten folgende Fassungen:

5.226	Finanzbauamt Düren	Kreise Düren und Euskirchen
5.227	Finanzbauamt Erkelenz	Kreis Heinsberg
5.228	Finanzbauamt Köln-Ost	Von der kreisfreien Stadt Köln die rechtsrheinisch gelegenen Stadtteile, kreisfreie Stadt Leverkusen; Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis
5.229	Finanzbauamt Köln-West	Von der kreisfreien Stadt Köln die linksrheinisch gelegenen Stadtteile; Erftkreis

Die Nummer 5.321 erhält folgende Fassung:

5.321	Finanzamt Hagen	Kreisfreie Stadt Hagen - ohne das durch das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland/Paderborn vom 5. 11. 1974 (GV. NW. S. 1224) in die kreisfreie Stadt Hagen eingegliederten Gebiete der früheren Stadt Hohenlimburg -; vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Städte Herdecke und Wetter
-------	-----------------	--

Die Nummer 5.342 erhält folgende Fassung:

5.342	Finanzamt Schwelm	Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Städte Breckerfeld, Ennepetal, Gelvesberg und Schwelm
-------	-------------------	---

Die Nummern 5.351 bis 5.354 erhalten folgende Fassungen:

5.351	Finanzbauamt Coesfeld	Kreisfreie Städte Bottrop und Gelsenkirchen; Kreise Borken, Coesfeld und Recklinghausen
5.352	Finanzbauamt Dortmund	Kreisfreie Städte Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und Herne; Ennepe-Ruhr-Kreis und Kreis Unna
5.353	Finanzbauamt Iserlohn	Märkischer Kreis und Kreise Olpe und Siegen
5.353	Finanzbauamt Münster	Kreisfreie Stadt Münster; Kreis Warendorf

Die bisherige Nummer 5.356 wird die Nummer 5.357.

Die neue Nummer 5.356 erhält folgende Fassung:

5.356	Finanzbauamt Rheine	Kreis Steinfurt.
-------	---------------------	------------------

Der Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Johannes Rau

- GV. NW. 1980 S. 1080.

20320

**Dritte Verordnung  
zur Änderung der Beihilfenverordnung - BVO -  
Vom 5. Dezember 1980**

Auf Grund des § 88 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 1980 (GV. NW. S. 246), und des Artikels III Abs. 4 des Neunten Besoldungsänderungsgesetzes vom 18. März 1975 (GV. NW. S. 240) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister verordnet:

**Artikel I**

Die Beihilfenverordnung - BVO - vom 27. März 1975 (GV. NW. S. 332), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juni 1979 (GV. NW. S. 464), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „61 Abs. 3“ durch die Worte „61 Abs. 2 oder 3“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b wird das Wort „dreißigsten“ durch das Wort „zwanzigsten“ ersetzt.
  - b) Absatz 6 wird gestrichen; Absatz 7 wird Absatz 6.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 6 Satz 1 werden die Worte „neunzehn Deutsche Mark“ durch die Worte „zwölf Deutsche Mark je Stunde, höchstens jedoch achtundvierzig Deutsche Mark“ ersetzt.
  - b) Nummer 6 Satz 4 wird gestrichen.
  - c) In Nummer 6 Satz 6 werden die Worte „in Satz 1 bzw. Satz 4 genannten Beträgen“ durch die Worte „sonst berücksichtigungsfähigen Aufwendungen für eine Familien- und Hauspflegekraft“ ersetzt.
  - d) In Nummer 11 Satz 3 werden die Worte „höchstens bis 0,25 Deutsche Mark je Kilometer“ durch die Worte „in Höhe der in § 6 Abs. 1 Satz 2 LRRG genannten Beträge“ ersetzt.
4. § 6 Abs. 1 Satz 3 wird gestrichen.
5. § 7 Abs. 5 wird gestrichen.

6. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 wird das Komma durch ein Semikolon ersetzt; folgender Halbsatz wird angefügt:  
§ 4 Nr. 11 gilt entsprechend,
- b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „zweihundertfünfzig“ durch das Wort „dreihundertfünfzig“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird gestrichen; Absatz 3 wird Absatz 2.

7. § 10 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen muß vor Beginn der Behandlung von der obersten Dienstbehörde auf Grund eines amts- oder vertrauensärztlichen Gutachtens - bei Beihilfeberechtigten des Landes auch nach Anhörung des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - anerkannt worden sein.

8. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
Die Beihilfe wird nicht gewährt, sofern ein Anspruch auf Kostenerstattung nach § 9 der Heilverfahrensverordnung vom 25. April 1979 (BGBl. I S. 502) besteht, oder soweit die Aufwendungen von dritter Seite auf Grund eines Schadensersatzanspruches übernommen werden.
- b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde“ gestrichen.
- c) In Absatz 3 Satz 4 werden die Worte „in § 4 Nr. 6 genannten Beträgen“ durch die Worte „sonst berücksichtigungsfähigen Aufwendungen für eine Familien- und Hauspflegekraft“ ersetzt.

9. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt; der zweite Halbsatz wird gestrichen.
- b) Hinter Absatz 2 wird folgender Absatz 2 a eingefügt:  
(2 a) Bei Aufwendungen für zahnärztliche Sonderleistungen ist auf Antrag von der Begrenzung des § 8 Abs. 1 abzusehen; in diesem Fall ist Absatz 2 Satz 2 entsprechend anzuwenden.

10. In § 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „sowie der Zuwendung nach § 9 Abs. 2“ gestrichen.
11. In § 15 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „§ 11 Abs. 3 Satz 2“, gestrichen.

#### Artikel II

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft. Artikel I Nr. 2 Buchstabe b, 3, 6 Buchstabe a, 8 Buchstabe c und 9 gilt für Aufwendungen, die nach dem 31. Dezember 1980 entstanden sind; Absatz 2 bleibt unberührt. Artikel I Nr. 6 Buchstabe b und c gilt für Geburtsfälle und Adoptionen nach dem 31. Dezember 1980; Artikel I Nr. 8 Buchstabe a gilt für Todesfälle nach dem 31. Dezember 1980.

(2) Die Beihilfe zu Aufwendungen für zahnärztliche Leistungen ist noch nach bisherigem Recht zu gewähren, wenn mit den Behandlungen

1. vor dem 1. Januar 1981 begonnen worden ist,
2. in der Zeit vom 1. Januar 1981 bis 30. September 1981 begonnen wird, sofern dies für den Beihilfeberechtigten günstiger ist.

Düsseldorf, den 5. Dezember 1980

Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Dr. Posser

- GV. NW. 1980 S. 1081.

221  
223

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
zur Durchführung des Gesetzes  
über die Führung akademischer Grade  
Vom 26. November 1980**

Aufgrund des § 8 des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (RGS. NW. S. 93), zuletzt

geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), wird verordnet:

#### Artikel I

Die Nummern 3 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 21. Juli 1939 (RGS. NW. S. 93) werden aufgehoben.

#### Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 26. November 1980

Der Minister  
für Wissenschaft und Forschung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Hans Schwier

- GV. NW. 1980 S. 1082.

**Bekanntmachung  
in Enteignungssachen  
Vom 24. November 1980**

Ich zeige hierdurch an, daß folgende Anordnung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bekanntgemacht ist:

Zugunsten der Vereinigten Gas- und Wasserversorgung GmbH Rheda-Wiedenbrück für den Bau und Betrieb von Wasserleitungen in Geseke (Gemarkungen Geseke, Bönninghausen, Mönninghausen, Ehringhausen, Langeneicke, Störmede), Kreis Soest

im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg,  
Nr. 34, Seite 211.

Düsseldorf, den 24. November 1980

Der Minister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
des Landes Nordrhein-Westfalen

La Vertretung  
des Staatssekretärs  
Neusel

- GV. NW. 1980 S. 1082.

215

**Bekanntmachung**  
**zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik**  
**Deutschland und der Französischen Republik**  
**über die gegenseitige Hilfeleistung bei**  
**Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**  
**Vom 12. Dezember 1980**

Das am 3. Februar 1977 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ist aufgrund des Gesetzes vom 14. Januar 1980 veröffentlicht worden (BGBl. II S. 33). Es ist laut Bekanntmachung vom 12. November 1980 (BGBl. II S. 1438) nach seinem Artikel 15 Abs. 2 am 1. Dezember 1980 in Kraft getreten.

Für das Land Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung mit Zustimmung des Landtags das Einverständnis zu dem Abkommen erklärt.

Düsseldorf, den 12. Dezember 1980

Der Ministerpräsident  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Johannes Rau

- GV. NW. 1980 S. 1083.

33

**Verordnung**  
**zur Änderung der Verordnung**  
**über die Übertragung von Befugnissen**  
**der Landesjustizverwaltung**  
**nach der Bundesnotarordnung**  
**Vom 28. November 1980**

Aufgrund des § 112 der Bundesnotarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I S. 97), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2258), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach der Bundesnotarordnung vom 16. März 1961 (GV. NW. S. 164) wird wie folgt geändert:

1. Der Eingangssatz in § 1 erhält folgende Fassung:

„Nachstehende Befugnisse, die nach der Bundesnotarordnung der Landesjustizverwaltung zustehen, werden auf die Präsidenten der Oberlandesgerichte übertragen.“

2. Nach Nr. 6 wird folgende Nr. 7 angefügt:

„7. die Entscheidung über die Änderung oder Feststellung des - bestehenden - engeren räumlichen Amtsbereichs eines Notars.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 28. November 1980

Der Justizminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Inge Donnep

- GV. NW. 1980 S. 1083.

**Verordnung**  
**zur Aufhebung von Verordnungen**  
**über Ausgabestellen für Versicherungskarten**  
**der Rentenversicherung der Arbeiter und der**  
**Rentenversicherung der Angestellten**  
**Vom 1. Dezember 1980**

Aufgrund des § 1414 Abs. 1 Satz 1 der Reichsversicherungsordnung und des § 136 Abs. 1 Satz 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (BGBl. I S. 856) und § 1 Satz 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 17. Oktober 1961 (GV. NW. S. 285) wird verordnet:

§ 1

Die Verordnung über die Ausgabestellen für die Versicherungskarten der Arbeiterrentenversicherung und der Angestelltenversicherung vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 432) und die Verordnung über die Bestimmung des Landesamtes für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen als Ausgabestelle für Versicherungskarten der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten vom 19. April 1967 (GV. NW. S. 62) werden aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Düsseldorf, den 1. Dezember 1980

Der Minister  
für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Farthmann

- GV. NW. 1980 S. 1083.





**Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM**

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

**Abonnementsbestellungen:** Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

**Bezugspreis** halbjährlich 34,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 68,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

**Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer**

**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 688 8293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X